



# Todesstille im Regenwald

**Im ecuadorianischen Amazonasgebiet soll nun Erdöl gefördert werden – in einem Schutzgebiet mit enormer biologischer Vielfalt. Die kanadische Erdölfirma EnCana hat bereits mit den ersten Arbeiten begonnen.**

Eindrücke vor Ort von **Caroline Ausserer**

**P**lötzlich ist es still rundherum. Vögelgezwitscher und andere Tiergeräusche, die uns bislang auf unserem Fußmarsch durch den amazonischen Regenwald begleitet haben, verstummen. Wir – eine Gruppe von JournalistInnen, Umwelt-AktivistInnen und PolitikerInnen – befinden uns im Tierschutzgebiet Cuyabeno im Nordosten Ecuadors. Nach einigen Stunden Wanderns quer durch den unberührten Regenwald sind wir mit Hilfe eines einheimischen Führers endlich an jenem Ort angelangt, an dem erste Spu-

und bedeckt etwa 130.000 km<sup>2</sup> Ecuadors, was 48,4 Prozent der Landesfläche entspricht. Die tropische Vegetation fördert die Existenz unterschiedlicher Mikroklimas. Bekanntlich liefert die „grüne Lunge“ Amazonas einen Großteil des Sauerstoffs der Erde und ist daher enorm wichtig für das Weltklima.

Das Gebiet Cuyabeno im Nordosten Ecuadors wurde bereits im Jahr 1979 zum Tierschutzgebiet erklärt. Es umfasst 603.380 Hektar, wovon 435.500 Hektar im Jahr 1999 aufgrund der hohen Biodiversität unter dem damaligen Präsidenten Jamil Mahuad zur so genannten unberührten Zone („zona intangible“) erklärt wurden. Dies bedeutet, dass jede Art der kommerziellen Ausbeutung des Regenwalds verboten ist und dass die territorialen und kollektiven Rechte der dort ansässigen indigenen Gemeinschaften besonders geschützt sind. Nichtsdestotrotz hat die ecuadorianische Regie-

zung der Umwelt. Es bedeutet, die Natur umzubringen,“ beklagt Julio Gonzalez. Er ist Abgeordneter der Pachakutik-Partei. Seit den Neuwahlen im Dezember ist diese nun erstmals aufgrund einer Koalition mit der MPD-Partei (Movimiento Popular Democrático) in der Regierung vertreten. Ein Besuch des neuen Präsidenten Ecuadors, Lucio Gutiérrez, bei George W. Bush im Februar zeigte allerdings, dass die bisherige Politik beibehalten werden soll: Ausländische Investitionen für Erdöl sollen weiterhin das Problem der hohen Auslandsschulden lösen.

„Immer hieß es, Erdöl bringe Fortschritt und Reichtum. Doch das ist eine Lüge. Vor dem Beginn der Erdölförderung in Ecuador betrugen die Auslandsschulden 344 Millionen US-Dollar. Im Jahr 2000 sind sie auf 16.400 Millionen Dollar angestiegen. Dies bedeutet, dass wir uns in der Zeit des so genannten

**In 89 von 237 befragten Familien sei mindestens ein Familienmitglied im Zusammenhang mit der Verschmutzung durch die Erdölausbeutung gestorben, ergab eine Studie der NGO Acción Ecológica.**

ren der geplanten Erdölförderung auszumachen sind.

Der amazonische Regenwald umfasst insgesamt eine Fläche von 5.400.000 km<sup>2</sup>

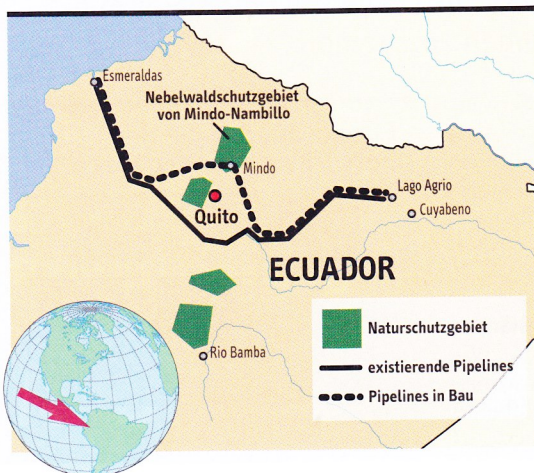
und bereits vor Jahren die Genehmigung zur Erdölförderung für ein 60.000 Hektar großes Gebiet erteilt, das sich zum Teil mit dem Naturschutzgebiet überschneidet.

**Die kanadische Erdölfirma EnCana**, ehemals Alberta Energy Company, hat bereits mit den ersten seismographischen Tests auf der Suche nach neuen Fundstätten begonnen. Wir blicken an nackte Erdhügel an hellen Lichtungen im ansonsten düsteren Regenwald. Im 50-Meter-Abstand hat EnCana damit eine Linie quer durch das Tierschutzgebiet gezogen. Alles legal. Schließlich ist früher die Erlaubnis erteilt worden, in diesem mittlerweile geschützten Gebiet nach Erdöl zu bohren. Ein bis heute ungelöstes Konflikt.

„Für uns bedeutet die bisherige Erdölpolitik Abholzung und Verschmut-

Booms um vieles mehr verschuldet haben.“ Umweltexpertin Alexandra Almeida von der Nichtregierungsorganisation Acción Ecológica plädiert daher dafür, auf andere Energieformen wie Sonnenenergie umzusteigen und die Erdölförderung einzustellen. Erdöl habe für Ecuador Armut und Umweltverschmutzung gebracht.

**Seit 30 Jahren wird in Ecuador Erdöl** gefördert. Mittlerweile wird in einem Gebiet von insgesamt 3,2 Millionen Hektar das „schwarze Gold“ der Erde entnommen. Darunter leidet nicht nur das Ökosystem, sondern insbesondere die Menschen, die in den Gebieten ansässig sind. So ergab eine Studie der Acción Ecológica in insgesamt 80 von der Erdölförderung betroffenen Gemeinden, dass 96 Prozent der Befragten unter Hautaller-





Eingang zum Tierschutzgebiet von Cuyabeno: „Amazonien – Wir werden seine Zerstörung nicht zulassen“

gien leiden, 75 Prozent unter Atembeschwerden, 64 Prozent beklagen Verdauungsbeschwerden und 42 Prozent haben Augenprobleme. Doch damit nicht genug: In 89 der 237 befragten Familien sei mindestens ein Familienmitglied im Zusammenhang mit der Verschmutzung durch die Erdölausbeutung gestorben. Dabei treffe es fast immer die Jüngsten: die Hälfte der Verstorbenen sind Kinder unter 14 Jahren.

„Hier gibt es 14 unterschiedliche Ökozonen. In einem derartigen Gebiet nach Erdöl zu graben ist ungeheuerlich“, empört sich Almeida. Die durchgeführten Detonationen fügen dem Regenwald großen Schaden zu, denn allein eine Explosion könne bis zu 300 Fische töten, weiß die Expertin. „In einer Zone nach



Die Autorin (2.v.li), Abgeordneter Julio Gonzalez (Mitte) und Umweltschützerin Alexandra Almeida (3.v.re)

gesellschaft zu stoppen stellt sich als schwierig heraus, insbesondere weil sie offiziell als legal gilt. Es wurde bereits ein Komitee zur Bewahrung des Tierschutzgebietes Cuyabeno gegründet, doch da es sich dabei um eine nationale Angelegenheit handelt, liegt die Verantwortung ganz beim Umwelt- und Energieministerium. „Uns sind die Hände gebunden. Daher fordern wir, dass die Zuständigkeit an die betroffene Gemeinde übertragen wird“, sagt Umweltdirektor Ma-



Erdölförderung im Urwald: nachhaltige Zerstörung der Umwelt. Im Bild das Campo de Secoya in der Nähe von Lago Agrio.

ris mit Schecks unser Land.“

Die Tätigkeit der Erdölgesellschaft zu stoppen stellt sich als schwierig heraus, insbesondere weil sie offiziell als legal gilt. Es wurde bereits ein Komitee zur Bewahrung des Tierschutzgebietes Cuyabeno gegründet, doch da es sich dabei um eine nationale Angelegen-

heit handelt, liegt die Verantwortung ganz beim Umwelt- und Energieministerium. „Uns sind die Hände gebunden. Daher fordern wir, dass die Zuständigkeit an die betroffene Gemeinde übertragen wird“, sagt Umweltdirektor Ma-

rín. Acción Ecológica habe bereits vergebens beim Umweltministerium eine Beschwerde eingereicht, berichtet Alexandra Almeida enttäuscht: „Unser Vorschlag besteht in einer strengen Kontrolle der Erdölaktivitäten, d.h. wir wollen alle Verträge mit den Erdölgesellschaften auf deren Legalität prüfen lassen und fordern, keine neuen Gebiete zur Erdölförderung freizugeben.“

Für den Abgeordneten José Gonzalez ist eine Ausbeutung der Erde auf Kosten der Umwelt inakzeptabel: „Wir werden sofort handeln und beim Nationalkongress die untragbare Situation der Erdölförderung in einem geschützten Gebiet anzeigen.“ Außerdem sei es wichtig, die Bevölkerung wachzurütteln und eine öf-

**„Während die Spanier früher mit Krimskräms, Spiegeln und der Bibel in der Hand das Land eroberten, machen das heute die Erdölmultis mit Schecks.“ (Fernando Marín, Umweltdirektor Cuyabeno)**

Erdöl zu bohren, in der es auf zwei Hektar mehr unterschiedliche Tierarten gibt als im gesamten nordamerikanischen Kontinent, ist unglaublich“, beklagt auch der Direktor des Umweltamtes in Cuyabeno, Fernando Luis Marín.

**Bei der herrschenden Armut** haben reiche Erdölfirmen mitunter leichtes Spiel. So kaufte EnCana den in Cuyabeno ansässigen indigenen Gemeinschaften der Siona für 340.000 Dollar deren territoriale Rechte ab. Und dies, obwohl die Siona glauben, dass menschliche Eingriffe in das innere Gleichgewicht der Erde zu Naturkatastrophen führen. Fernando Luis Marín fühlt sich an die spanische Kolonisation erinnert: „Während die Spanier damals mit Krimskräms, Spiegeln und der Bibel in der Hand das Land eroberten, erobern heute die Erdölmul-

## Der Natur-GAU

**Im kommenden Juni** soll eine über 500 km lange Pipeline für Schweröl – die OCP – in Betrieb gehen, die den Rohstoff aus der Region von Cuyabeno/Lago Agrio in den Pazifikhafen Esmeraldas befördern soll. Die Westdeutsche Landesbank hat einen Großteil der Finanzierung des Projektes übernommen: 900 von insgesamt 1.300 Millionen Dollar. Die Demonstrationen und Warnungen zahlreicher nationaler und internationaler Umweltschutzorganisationen blieben ungehört.

In der zweiten Aprilwoche kam es dann zu einem ersten großen Unfall. Beim Bau der OCP wurde in der Nähe von Quito die parallel verlaufende SOTE, die Pipeline für leichtes Erdöl, beschädigt. 1,6 Millionen Liter Öl ergossen sich in den Fluss Sucus-San und gefährden die Trinkwasserversorgung der Hauptstadt.

**WeH**

fentliche Meinung zu bilden, die Druck auf die Regierung ausübt. Neben nationalem Druck sei jedoch auch internationaler Druck notwendig: „Europa könne von einem Teil der Auslandsschulden unter der Bedingung absehen, dass Cuyabeno weiterhin geschützt bleibt“, plädiert er. Schließlich handle es sich dabei um ein Weltkulturerbe, das überdies eine der größten Zonen zur Sauerstoffproduktion darstellt.

Die Autorin ist Ethnologin, Sozial- und Kulturanthropologin und freie Journalistin (u.a. RAI/Italien) und ist soeben von einer sechsmonatigen Reise quer durch Südamerika zurückgekehrt.

**Nähere Informationen** zur Situation der Erdölförderung in Ecuador auch auf [www.oilwatch.org.ec](http://www.oilwatch.org.ec) und [www.globalaware.de](http://www.globalaware.de)



«HISTORISCHER DURCHBRUCH» EU-Ratspräsident Nicolas Sarkozy (Mitte) freut sich auf der Pressekonferenz über das Gipfelergebnis. REUTERS

## Fonds für arme Länder

Posen Klimakonferenz ringt um Erklärung

Die Weltklimakonferenz in Posen (Poznan) hat sich nach langem Streit auf einen Hilfsfonds für ärmere Länder verständigt. Die Entwicklungsländer sollen sich damit an den Klimawandel anpassen können. Mit dem Fonds solle eine Phase für «Vorschläge für Fondsprojekte, Aktivitäten oder Programme begonnen werden», heisst es im Entwurf, der der Deutschen Presse-Agentur (DPA) vorlag. Das Konferenzplenarium muss der Vereinbarung noch zustimmen. Beim Kampf gegen die Zerstörung der Wälder gab es dagegen keine Fortschritte. Die EU machte deutlich, dass sie den Waldschutz vorantreiben will. Die Schlussberatung dauerte noch an.

Umweltorganisationen zogen eine niederschmetternde Bilanz. Offen war, ob die Gelder für Klimaschutzvorhaben aufgestockt werden und ob sich Industrieländer die unterirdische Lagerung von Kohlendioxid in Entwicklungsländern auf ihre Klimaziele anrechnen lassen können.

In Posen berieten Vertreter von rund 190 Staaten. Bundesumweltminister Sigmar Gabriel (SPD) sagte: «Posen hat die Ergebnisse erreicht, die wir hier erreichen konnten.» EU-Umweltkommissar Stavros Dimas sprach von einem Erfolg. Alle Länder seien sich einig, dass Klimaschutz trotz der Finanzkrise Priorität habe. Die Umweltschutzorganisation Greenpeace nannte die Bilanz enttäuschend. «Die selbsternannte Klimakanzlerin Angela Merkel (CDU) hat abgedankt», sagte Greenpeace-Klimaxperte Tobias Münchenmeyer. Ein Jahr Verhandlungen sei verschwendet worden. Die Organisation Oxfam warnte: «Verzögerung tötet.» Deutschland lobte den EU-Beschluss. «Ich bin sehr glücklich mit dem Ergebnis», sagte Gabriel. Der Chef des UN-Klimasekretariats, Yo de Boer, sprach von einem «Zeichen der Entschlossenheit und des Mutes der Industrieländer, auf das die Welt in Posen gewartet hat.» Das EU-Klimapakete werde beitragen, die Welt zu einem ambitionierteren Ergebnis auf der Klimakonferenz in Kopenhagen Ende 2009 zu bringen. (DPA)

# EU kommt Bremsern entgegen

Brüssel Mit einem Kompromiss rettet die EU ihr Klimapakete

**Als «historischer Durchbruch» wird die Einigung über das Klimapakete nach zweitägigen intensiven Verhandlungen am EU-Gipfel bezeichnet. Doch Umweltorganisationen kritisieren es wegen der Ausnahmeregelungen für kohleabhängige Länder als «sehr enttäuschend».**

CAROLINE AUSSERER, BRÜSSEL

EU-Ratspräsident Nicolas Sarkozy ist sichtlich erfreut. «Ein historischer Gipfel geht zu Ende», sagte er nach dem Abschluss des EU-Gipfels. «Der soeben beschlossene Energie-Klimapakete ist einzigartig in der Welt.» Fakt ist: Die ursprünglichen Klimaziele sind nicht infrage gestellt worden. Die EU hält am Ziel fest, bis 2020 den Ausstoss von Kohlendioxid um 20 Prozent zu senken, gemessen am Jahr 1990. Sie will gleichzeitig den Anteil von erneuerbarer Energie am Verbrauch auf 20 Prozent erhöhen.

### Ausnahmen für die Schwerindustrie

Um die Details der Umsetzung wurde freilich in Brüssel heftig gestritten. Dabei gab es Bedenken von zahlreichen «Bremser-Ländern», die

ernst genommen wurden. So sorgten sich Deutschland und Italien um ihre Industrie und eine mögliche Abwanderung bedeutender Industriezweige. Sie wandten sich gegen eine Versteigerung von Emissionszertifikaten (das Recht auf den Ausstoss von Kohlendioxid) ab 2013; bisher werden die Zertifikate den Unternehmen gratis zugeteilt. Nun ist die französische EU-Präsidenschaft Deutschland und Italien entgegengekommen: Bestimmte Industriezweige erhalten einen verlängerten Zeitrahmen für die Versteigerung. Auch Industriezweigen, die nicht massiv im internationalen Wettbewerb stehen, müssten nicht 100, sondern nur 70 Prozent ihrer Verschmutzungsrechte ersteigern. Erst ab 2025 sollen alle Zertifikate versteigert werden.

### Merkel zufrieden, WWF kritisch

Die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel war zufrieden: «Es ist ein in Detail durchgearbeitetes Projekt, das sich nicht nur mit Zielvorgaben zufrieden gibt.» Immerhin müsse die Industrie mit 20 Prozent Reduktion ihren Beitrag dazu leisten. Zufrieden ist auch Silvio Berlusconi. «Wir sind dabei, alles zu bekommen, was wir ge-

fordert haben», frohlockte der italienische Regierungschef bereits am Vorabend des letzten Gipfeltages.

Eine zweite Gruppe von neun mittel- und osteuropäischen Ländern um Polen, dessen Strom zu mehr als 90 Prozent aus Kohlekraftwerken stammt, befürchtete starke Preissteigerungen. Der Vorschlag eines Solidaritätsbeitrags Westeuropas in Höhe von 12 Prozent der Zertifikaterlöse für diese Länder wurde angenommen. Dies bietet ihnen Mittel zur Modernisierung der Kraftwerke.

Umweltorganisationen wie Greenpeace, der WWF oder das Klima-Aktions-Netzwerk Europa werfen der EU vor, ihre Klimaziele zu verraten und nennen das Klimapakete einen «Misserfolg», denn es bedeute, dass Europa seine eigenen Treibhausgasemissionen bedeutend weniger senken würde als geplant. Kritisiert wird auch, dass keine Strafen vorgesehen sind, wenn die Länder die nationalen Vorgaben nicht erreichen.

### Milliardenhilfe für Konjunktur

Der britische Premier Gordon Brown betonte, dass sich Wirtschafts- und Umweltpolitik nicht widersprechen. «Investitionen in umweltfreund-

liche Technologien können auch der Wirtschaft helfen, die Finanzkrise besser zu überstehen.» Er lobte das ebenfalls gestern verabschiedete Konjunkturpaket als «Ergebnis eines vereinten Europas, das gemeinsam gegen die Finanzkrise vorgeht».

Dabei geht es darum, mit 200 Milliarden Euro oder 1,5 Prozent des Bruttoinlandsproduktes eines jeden Mitgliedslandes der Finanzkrise entgegenzutreten. Der grösste Teil wird von den einzelnen EU-Ländern getragen, 30 Milliarden Euro steuern der EU-Haushalt und die Europäische Investitionsbank in Luxemburg bei. 5 Milliarden sollen direkt in spezielle Technologieprojekte fliessen. «Eine starke wirtschaftspolitische Antwort auf die Krise ist notwendig», sagte der luxemburgische Premier Jean-Claude Juncker, der auch die Finanzminister der Eurozone führt. «Wir waren uns alle darüber einig», betonte auch Sarkozy. Im Vorfeld des Gipfels hatte namentlich Grossbritannien Deutschland vorgeworfen, zu wenig für die Konjunktur zu tun. Der deutsche Finanzminister Steinbrück kontierte, London verschleudere Milliarden. Jetzt kehrt wieder Minne ein zwischen den EU-Partnern.

## Wieder Krawalle in Athen

Griechenland Regierungschef Karamanlis lehnt Rücktritt ab

Steine und Brandsätze gegen Polizisten. Tränengas gegen Demonstranten: Auch gestern spielten sich in Athen wieder die Szenen ab, die Griechenland seit dem tödlichen Polizeischuss auf einen Jugendlichen vor einer Woche erschütterten. Mehrere tausend Demonstranten zogen durch Athen und verlangten eine Politikänderung bezüglich Ausgabenkürzungen, den Rücktritt des Innenministers sowie die Freilassung aller Personen, die im Zuge der Ausschreitungen festgenommen wurden.

Zunächst blieb die Kundgebung friedlich, im späteren Verlauf kam es aber erneut zu Zusammenstößen. Jugendliche bewarfen Bereitschaftspolizisten mit Pfistersteinen, diese antworteten mit Tränengas. Am Synagoga-Platz in der Innenstadt gingen Fenster Scheiben von Bankfilialen zu Bruch. Zugleich kündigten Studenten und andere Protestgruppen an, mit täglichen Demonstrationen und Strassenblockaden in der Hauptstadt den Druck auf die Regierung erhöhen zu wollen. Ministerpräsident Konstantinos Karamanlis wies Rücktrittsforderungen zurück. Die Emotionen nach dem Tod des 15-Jährigen dürften nicht mit «dieser zerstörerischen Raserei» verwechselt werden, erklärte er. (AP)

## Rumsfeld bleibt stur und uneinsichtig

USA Senatsbericht macht den ehemaligen Verteidigungsminister für Folter mitverantwortlich

**Schwere Vorwürfe gegen die US-Regierung und Ex-Verteidigungsminister Rumsfeld: Ein Bericht des Senats macht sie mitverantwortlich für Menschenrechtsverletzungen in US-Gefängnissen wie Abu Ghraib.**

MATTHIAS B. KRAUSE, NEW YORK

Der Ex-Minister gab sich gewohnt sturköpfig. Nachdem ein Senatsbericht den ehemaligen Pentagonchef Donald Rumsfeld als einen der Urheber für die Misshandlungen von Gefangenen durch das US-Militär benannt hatte, liess der durch seinen Sprecher aussprechen: «Das sind unbegründete Anschuldigungen gegen jene, die unserer Nation gedient haben.» Die Schuld dafür, dass Amerika in der Welt als eine Nation dastehe, die Folter erlaube, liege nicht beim ihm, sondern «bei ein paar Individuen mit Verantwortung im Kongress, die diese unhaltbaren Vorwürfe machen».

Es kann gut sein, dass Rumsfeld mit seiner Version der Geschichtsverdrängung durchkommt, auch wenn Politiker beider Parteien im US-Senat etwas ganz anderes herausgefunden

haben. Nach der Befragung von 70 Zeugen, darunter die aktuelle Aussenministerin Condoleezza Rice, und der Auswertung von Tausenden von Dokumenten sieht das Streitkräfte-Komitee Rumsfeld als die «direkte Ursache» der weit verbreiteten Misshandlung von Gefangenen, die es in dem von der Regierung Bush ausgerufenen Kampf gegen den Terrorismus gab.

### «Unverantwortlich und falsch»

Weitere Regierungsmitglieder hätten zudem ein rechtliches und moralisches Klima geschaffen, das zu der inhumanen Behandlung beigetragen habe, heisst es weiter. Es sei vom Verteidigungsminister «unverantwortlich und falsch» gewesen, die Schuld auf die Soldaten zu schieben und sich seiner Verantwortung zu entziehen.

Der Bericht, der in weiten Teilen der Geheimhaltung unterliegt, wirft Rumsfeld vor, mit seiner Entscheidung, so genannte «aggressive Verhörmethoden» für die Gefangenen des US-Militärstützpunktes Guantanamo im Dezember 2002 zu erlauben, Tür und Tor dafür geöffnet zu haben, was danach kam. Obwohl der Verteidigungsminister die Order sechs Wochen spä-

ter wieder zurücknahm, sei sie «eine direkte Ursache für die Misshandlung von Gefangenen» gewesen.

Der Report kritisiert zudem Bush, der im Februar 2002 ein Memorandum unterschrieb, das Gefangenen in Afghanistan die Rechte der Genfer Konvention für Kriegsgefangene abkannte. Daneben habe das Justizministerium mit einer Reihe von Gutachten «die Bedeutung und die Absicht von Anti-Folter-Gesetzen verzerrt und so die Misshandlung von Häftlingen in US-Gefangenschaft gerechtfertigt».

Der Bericht zeichnet unter anderem nach, wie die neuen Praktiken ihren Weg bis ins irakische Gefängnis Abu Ghraib fanden. Einen Monat nach dem Rumsfeld grünes Licht für die Misshandlungen in Guantanamo gegeben habe, seien die Methoden dem US-Militär auf der Basis im afghanischen Bagram präsentiert worden. Als die dort stationierten Kommandeure in den Irak verlegt wurden, führten sie auch dort die zweifelhaften Verhörmethoden ein. Vorbild war das Überlebensstraining des Militärs, «Survival, Evasion, Resistance and Escape» (SERE), das US-Soldaten befähigen sollte, Folter in russischer oder chinesischer Gefangen-

schaft zu überstehen. «Die Techniken waren nie dazu gedacht, sie gegen US-Gefangene einzusetzen», sagte der demokratische Ausschussvorsitzende Carl Levin. Sein republikanischer Kollege, der gegen Barack Obama gescheiterte Präsidentschaftskandidat John McCain, nannte den Einsatz von SERE-Techniken in Afghanistan und im Irak «unentschuldbar».

### Rumsfeld wird kaum bestraft werden

Die Rolle des Auslandsgeheimdienstes CIA, aus dessen Konto die schwersten Folterfälle gehen, untersuchte das Senatskomitee, das seinen Bericht über die Parteigrenzen hinweg mit grosser Mehrheit verabschiedete, nicht. Es fordert auch keine weiteren Ermittlungen oder eine Bestrafung der Verantwortlichen. Selbst wenn gegen jemanden wie Rumsfeld, der im Dezember 2006 seinen Pentagon-Posten räumen musste, ermittelt würde, wäre es unwahrscheinlich, dass er jemals vor Gericht landete. Um seine Gefolgsleute dazu zu schützen, zur Rechenschaft gezogen zu werden, kann Bush in den letzten Tagen seiner Amtszeit eine «vorsorgliche Begnadigung» für sein Kriegskabinett aussprechen.